

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik, Stefan Schiman

Deutlich verbesserte Wachstumsaussichten

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2022

Deutlich verbesserte Wachstumsaussichten. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2022

Nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (BIP 2009 –3,8%) und der flauen Entwicklung 2012/2015 (+0,7% p. a.) gewann das Wirtschaftswachstum ab Mitte 2016 wieder deutlich an Schwung. Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein BIP-Zuwachs von jeweils 2¼% prognostiziert. Im Durchschnitt der Prognoseperiode 2018/2022 wird eine Steigerung um 2% pro Jahr erwartet (2013/2017 +1,2% p. a.). Sie ist um rund ¼ Prozentpunkt höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Die gute internationale Konjunktur belebt die Exportwirtschaft (+3,7% p. a.), was sich wiederum positiv in den Ausrüstungsinvestitionen niederschlägt. Der private Konsum wird durch den Anstieg der verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum um 1½% p. a. wachsen (2013/2017 +0,7% p. a.). Die Expansion ermöglicht gemeinsam mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000) bis einschließlich 2019 eine Ausweitung der Beschäftigung über jener des Arbeitskräfteangebotes und damit einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ab 2020 dürfte das Arbeitskräfteangebot wieder stärker als die Nachfrage zunehmen; die Arbeitslosenquote würde in der Folge von 8,0% im Jahr 2019 auf 8,4% zum Ende des Prognosezeitraumes steigen. Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig mäßig, und das Inflationsdifferential zum Euro-Raum sollte sich weiter verringern. Die Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex wird mit durchschnittlich 1,9% p. a. prognostiziert. Ein ausgeglichener Staatshaushalt (sowohl strukturell als auch nach Maastricht-Definition) wird aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der angenehmen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab der Mitte des Prognosezeitraumes unterstellt. Daraus abgeleitet geht die Staatsschuldenquote (Verschuldung des Gesamtstaates in Prozent des nominellen BIP) gegenüber dem Jahr 2017 bis 2022 um rund 17 Prozentpunkte auf knapp 64% zurück.

Significantly Improved Growth Outlook. Median-term Forecast for the Austrian Economy until 2022

Following the financial and economic crisis (GDP –3.8 percent in 2009) and a protracted period of subdued growth 2012-2015 (+0.7 percent p.a.), economic activity picked up significantly from mid-2016. For the years 2017 and 2018, the current forecast foresees an annual real GDP growth of 2¼ percent. In the medium term, an average growth of real GDP of 2 percent per year is expected (2013-2017 +1.2 percent p.a.), which is about ¼ percentage point higher than the average of the Euro area. The robust growth for the world economy has a stimulating effect on exports (+3.7 percent p.a.), which in turn has a positive effect on equipment investments. Private consumption is expected to increase by 1½ percent p.a. over the forecast period due to an increase in disposable income (2013-2017 +0.7 percent p.a.). The economic expansion combined with labour market policies ("Employment Bonus" and "Initiative 20,000"), will have a stronger positive effect on the employment beyond that of labour supply, resulting in a drop in unemployment. From 2020 onwards, labour supply is expected to again increase more significantly than labour demand, and as a result the unemployment rate is expected to rise from 8.0 percent in 2019 to 8.4 percent by the end of the forecast period. Inflationary pressure will remain moderate in the medium term, and the inflation differential to the Euro area average is expected to further decrease. The inflation rate based on the consumer price index is forecast at an average of 1.9 percent p.a. The budget is expected to be balanced (both structurally and as defined according to Maastricht) from the middle of the forecast period due to the projected business cycle and the assumed economic policy framework. Based on this, the government debt ratio (total national debt as a percentage of nominal GDP) will decline by around 17 percentage points to nearly 64 percent by 2022 compared to 2017.

Kontakt:

Mag. Dr. Josef Baumgartner: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, josef.baumgartner@wifo.ac.at
Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, serguei.kaniovski@wifo.ac.at
apl. Prof. Dr. Hans Pitlik: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, hans.pitlik@wifo.ac.at
Stefan Schiman, MSc: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, stefan.schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Christoph Badelt, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at)

1. Internationale Rahmenbedingungen

Die wichtigsten Exportmärkte österreichischer Güter – sie umfassen die Hälfte der Weltwirtschaft und rund 85% der heimischen Ausfuhr – werden 2017 kaufkraftgewichtet um knapp 4% expandieren, etwa gleich rasch wie im Durchschnitt der letz-

ten drei Jahre. Zwar zog das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum, in den MOEL 5 und in den USA heuer deutlich an, der trendmäßige Rückgang in China wirkt aber dämpfend. Da China für die heimische Ausfuhr weniger Gewicht hat als für das Wachstum der Weltwirtschaft, ist das exportgewichtete Wachstum der wichtigsten Handelspartner im laufenden Jahr mit 2,5% um knapp ½ Prozentpunkt höher als im Durchschnitt der letzten drei Jahre (+2,1%). Mittelfristig dürfte die Wirtschaft im Euro-Raum, in Ostmitteleuropa und den USA langsamer expandieren, sodass sich im Durchschnitt der Periode 2018/2022 die Wachstumsrate des für Österreich relevanten Teils der Weltwirtschaft exportgewichtet auf 2,0% p. a. abschwächt (kaufkraftgewichtet auf 3,2% p. a.)¹⁾.

1.1 USA: Abwärtskorrektur der Vermögenspreise als Konjunkturrisiko

In den USA ist der Konjunkturaufschwung bereits weit fortgeschritten: Die Produktion expandiert heuer das achte Jahr in Folge; seit 2010 wächst die Wirtschaft mit durchschnittlich gut 2% p. a. Die Arbeitslosenquote sank von 10% im Oktober 2009 auf 4,2% im September 2017. In den letzten 35 Jahren wurde nur einmal eine niedrigere Arbeitslosenquote erreicht, und zwar in den Jahren 1999/2000 während der Dotcom-Aktienblase. Auch aktuell sind die Aktienbewertungen sehr hoch, nicht zuletzt wegen der äußerst expansiven Geldpolitik seit der Finanzmarktkrise 2007/08. Von Ende 2008 bis Ende 2015 betrug der Leitzinssatz 0% bis 0,25%, und bis November 2014 kaufte die Zentralbank im Rahmen einer expansiven Geldpolitik Wertpapiere im Wert von insgesamt rund 4,5 Bio. \$. Als die Fed im Sommer 2013 das Auslaufen des Anleihenkaufprogrammes ankündigte, ergaben sich hohe Kapitalabflüsse, Finanzmarkt- und realwirtschaftliche Turbulenzen in den Schwellenländern. Seither verläuft die allmähliche Normalisierung der Geldpolitik zwar friktionsfrei; die äußerst hohen Aktienbewertungen in den USA, die nach der Präsidentschaftswahl im November 2016 einen weiteren Schub erhielten, bergen jedoch das Potential für eine Abwärtskorrektur in sich. Eine solche würde mit einem Konjunkturabschwung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einhergehen, da Veränderungen der Vermögenspreise die private Nachfrage in den USA erfahrungsgemäß relativ stark beeinflussen. Abgesehen von derlei Risikoszenarien sind die grundlegenden Wachstumsaussichten jedoch intakt. Die private Verschuldung verringerte sich seit der Wirtschaftskrise deutlich, die Erwerbsbevölkerung expandiert, und die Löhne dürften vor dem Hintergrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit zunehmend an Dynamik gewinnen. Auf Basis dieser Fundamentaldaten wird für die USA mit einer mittelfristigen Wachstumsrate von 1,8% p. a. gerechnet.

1.2 Konjunkturbedingte Unterauslastung wird im Euro-Raum abgebaut

Obwohl die Erwerbsbevölkerung im Euro-Raum stagniert, ist die mittelfristige Wachstumsprognose mit durchschnittlich 1,8% p. a. gleich hoch wie für die USA. Im Euro-Raum besteht noch eine höhere konjunkturbedingte Unterauslastung und daher in den kommenden Jahren ein höheres Expansionspotential. So ist etwa die Arbeitslosenquote mit 9,1% im August 2017 noch wesentlich höher als vor zehn Jahren (7½%). Sehr hoch ist sie noch in Spanien (August 2017: 17,1%), in Griechenland (Juli 2017: 21,0%) und auch in Italien liegt sie noch über dem Vorkrisenniveau. Aufgrund der konjunkturbedingten Unterauslastung stiegen die Löhne und Preise bisher nur zaghaft; die Kerninflationsrate lag in den vergangenen vier Jahren zumeist unter 1%. Mit dem Konjunkturaufschwung zog sie zuletzt jedoch etwas an (auf 1,3% im September 2017). Die Konjunktur gewann im Euro-Raum erkennbar an Schwung. Die aktuelle Expansion, die vor einem Jahr einsetzte, wird noch einige Zeit anhalten, sodass die Unterauslastung mittelfristig abgebaut werden sollte.

Die Geldpolitik ist im Euro-Raum nach wie vor expansiv ausgerichtet und trägt zur Konjunkturbelebung bei. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB liegt seit April 2016 bei 0%, der Einlagensatz bei -0,4% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25%. Die EZB

¹⁾ Die mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft wurde mit Hilfe des makroökonomischen Weltmodells von Oxford Economics (Global Economic Model) erstellt. Es umfasst insgesamt 80 Länder, darunter China, die USA, die meisten EU-Länder, Indien, Japan, Russland und Brasilien in hohem Detailgrad.

kauft seit April 2017 im Rahmen des Ankaufprogrammes auf Sekundärmärkten Anleihen in einem Ausmaß von monatlich 60 Mrd. € (seit April 2016: 80 Mrd. € pro Monat). Insgesamt wurden seit März 2015 bis September 2017 Käufe von über 2 Bio. € getätigt.

Im Prognosezeitraum wird die Geldpolitik voraussichtlich einen weniger expansiven Kurs einschlagen. Im Juni 2017 verzichtete die EZB darauf, die Option weiterer Zinssenkungen zu erwähnen. Einem allmählichen Ausstieg aus dem Anleihenkaufprogramm im Laufe des Jahres 2018 dürften 2019 erste Zinsschritte folgen. In der Folge wird mit einem kontinuierlichen Anstieg des Hauptrefinanzierungssatzes auf 2,1% im Jahr 2022 gerechnet. Die Verringerung der monatlichen Anleihekäufe seit April 2017 und die angenommene weitere Straffung der Geldpolitik in den kommenden Jahren wird dazu beitragen, dass die Sekundärmarktrendite für deutsche Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren von durchschnittlich 0,5% 2017 auf 2¼% im Jahr 2022 steigt.

Die EZB dürfte 2018 das Anleihenkaufprogramm einstellen und 2019 beginnen, den Hauptrefinanzierungssatz der EZB anzuheben.

1.3 Günstige Wachstumsperspektiven in Großbritannien und Ostmitteleuropa trotz politischer Risiken

Großbritannien verzeichnete seit dem Brexit-Entscheid Ende Juni 2016 – entgegen den meisten Prognosen – bislang ein robustes Wachstum. Selbst die stark von Zukunftseinschätzungen bestimmten Bruttoanlageinvestitionen expandierten. Die Arbeitslosenquote sank im Juli 2017 auf einen Tiefstwert von 4,2%. Die Abwertung des Pfund wirkt aber zunehmend preistreibend und damit dämpfend auf die private Konsumnachfrage. Allerdings dürfte der Außenhandel von der Währungsabwertung profitieren. Auch die demographische Entwicklung ist günstig: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und das Arbeitskräfteangebot dürften mittelfristig zunehmen. In der zweiten Hälfte des Prognosezeitraumes wird daher wieder eine BIP-Wachstumsrate von 2½% p. a. erwartet.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2016 in %		Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Waren- exporte ¹⁾	Welt-BIP ²⁾									
	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
EU	69,5	16,7	- 0,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7
Großbritannien	3,1	2,3	- 0,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,4
Euro-Raum	51,7	11,8	- 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4
Deutschland	30,5	3,3	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1
Italien	6,4	1,9	- 1,5	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2
Frankreich	4,1	2,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
MOEL 5 ³⁾	14,2	1,6	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,8
Tschechien	3,7	0,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7
Ungarn	3,3	0,2	- 1,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7
Polen	3,0	0,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,3
USA	6,7	15,5	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
Schweiz	5,9	0,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
China	2,5	17,8	+ 9,4	+ 7,1	+ 5,7	+ 6,6	+ 6,1	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,3
Insgesamt											
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		50	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 0,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
			Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
<i>Annahmen zur Prognose</i>											
Erdölpreis											
Brent, \$ je Barrel			92	71	54	53	53	53	54	55	57
Wechselkurs											
Dollar je Euro			1,37	1,20	1,15	1,12	1,15	1,15	1,15	1,15	1,15
Internationale Zinssätze											
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁶⁾ , in %			1,7	0,2	1,0	0,0	0,0	0,4	0,9	1,4	2,1
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			2,8	0,8	1,6	0,5	0,8	1,3	1,6	1,9	2,3

Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2016. – ⁵⁾ EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2016. – ⁶⁾ Mindestbietungssatz.

In den MOEL 5 expandiert die Wirtschaft derzeit sehr kräftig (2017 BIP real +4¼%), die Arbeitslosenquote sank auf Tiefstwerte. Das geht zum einen auf den wachstumsbedingten Anstieg der Beschäftigungsnachfrage und zum anderen auf angebotsseitige Effekte zurück, da viele Personen im erwerbsfähigen Alter in anderen EU-Ländern Arbeit suchen. Die dadurch entstandene Arbeitskräfteknappheit trägt zu kräftigen Lohnerhöhungen und höherem Konsumwachstum bei. Zudem wird 2017 kräftig investiert, da die Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit dem Übergang zu einem neuen mehrjährigen EU-Budget überwunden wurden und sich der Investitionsrückstau auflöst. Da sich die Investitionsdynamik mittelfristig wieder normalisieren dürfte und das aktuell sehr kräftige Wachstum des privaten Konsums abflauen wird, schwächt sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in den kommenden Jahren voraussichtlich ab, wird aber mit durchschnittlich 2,9% p. a. in der Periode 2018/2022 ähnlich hoch bleiben wie in der vorangegangenen Fünfjahresperiode.

1.4 China: Abnehmende Expansion bei steigender Verschuldung

Die chinesische Wirtschaft expandierte in den vergangenen Quartalen kräftig. Die in der zweiten Jahreshälfte 2016 gesetzten fiskalischen Stimuli wirkten der trendmäßigen Verlangsamung im verarbeitenden Gewerbe entgegen. Die öffentliche Hand wird angesichts des selbst auferlegten Wachstumszwanges – das Pro-Kopf-Einkommen soll 2020 doppelt so hoch sein wie 2010 – in den kommenden Jahren wohl weitere expansive Maßnahmen setzen, obwohl die Verschuldung der staatlich kontrollierten Unternehmen bereits sehr hoch ist.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung ausgewählter Wirtschaftsregionen

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Ein Risiko für die Finanzmarktstabilität könnte in den kommenden Jahren durch eine mögliche Liberalisierung des Kapitalverkehrs entstehen (Leistungsbilanztransaktionen sind schon seit den 1990er-Jahren freigegeben). Kapitalverkehrskontrollen erlaubten es der chinesischen Zentralbank, den Wechselkurs niedrig zu halten, und trugen so zum exportgetriebenen Aufholprozess bei. Zwar wurde der Wechselkurs kontinuierlich angepasst und der Leistungsbilanzüberschuss von knapp 10% des BIP im Jahr 2007 auf 1,8% im Jahr 2016 gesenkt. Die Regierung erhofft sich von einer Öffnung der Kapitalmärkte (und der damit erforderlichen Liberalisierung des Wechselkurses) aber

weitere Wachstumsimpulse. Negative Erfahrungen mit der Finanzmarktderegulierung wie die Aktienmarktkrise im Sommer 2015 könnten derlei Reformen jedoch verzögern. Die Erwerbsbevölkerung wird mittelfristig schrumpfen, das Arbeitskräfteangebot stagnieren. Die offiziellen Wachstumszahlen, die in den letzten Jahren vermutlich überzeichnet wurden, werden sich mittelfristig weiter verringern. In der Prognoseperiode 2018/2022 wird die chinesische Wirtschaft durchschnittlich um 5,7% p. a. wachsen.

Die Rohölpreise werden, so die Prognoseannahme, von 52 \$ je Barrel (Durchschnitt Jänner bis September 2017) auf 57 \$ im Jahr 2022 leicht anziehen und damit deutlich unter dem Niveau der letzten zehn Jahre (84 \$) bleiben. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird als technische Random-Walk-Annahme ab August 2017 mit einem Wert von 1,15 \$ je Euro bis 2022 fortgeschrieben.

2. Wachstum in Österreich wieder im Einklang mit dem Euro-Raum

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2018 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom September 2017 auf (Scheiblecker, 2017). Die Berechnungen erfolgten auf Basis des in Kapitel 1 beschriebenen internationalen Szenarios und der Annahmen zur Wirtschaftspolitik (Kapitel 6) mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005).

Durch die enge internationale Verflechtung, vor allem mit dem Euro-Raum und den Nachbarländern, wird die Konjunktur in Österreich maßgeblich von der Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern bestimmt. Von den günstigeren Wachstumsaussichten vor allem im Euro-Raum und den MOEL 5 (siehe Kapitel 1) sollte die österreichische Exportwirtschaft profitieren. In den Jahren 2018/2022 wird der Export voraussichtlich real um 3,7% pro Jahr ausgeweitet (2013/2017 +2,8% p. a.). Für die realen Importe wird eine etwas geringere Dynamik als für die Exporte erwartet (2018/2022 +3,4% p. a.): Die Abschwächung der heimischen Wirtschaftsdynamik wirkt sich auf die sehr konjunkturreaktive Nachfrage nach den in hohem Maße importierten Ausrüstungsinvestitionsgütern stärker aus. Weiters dürfte sich aufgrund anhaltender weltweiter Unsicherheiten die Verlagerung von Tourismusströmen fortsetzen. Österreich sollte hier als eine sehr sichere Destination profitieren. Das verbessert den Saldo des Außenhandels mit Dienstleistungen weiter. Insgesamt wird daher der Außenhandel weiterhin einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten, der Außenbeitrag wird im Prognosezeitraum um knapp 1% des BIP höher sein als in der Fünfjahresperiode 2013/2017.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden aufgrund der guten Konjunktur 2017 und 2018 voraussichtlich mit +5,5% bzw. +4,2% noch kräftig wachsen. Die hohe Investitionsdynamik 2017 könnte zum Teil auf die KMU-Investitionszuwachsprämie zurückzuführen sein. Die Abschwächung des Wachstums bremst aber über den Akzeleratoreffekt die Investitionstätigkeit wieder (2018/2022 +2,1% p. a., 2013/2017 +2,0% p. a.). Sollte das Investitionsförderungsprogramm über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden (was in der WIFO-Prognose nicht unterstellt wurde), könnte davon für die Ausrüstungsinvestitionen in den Folgejahren ein zusätzlicher Impuls ausgehen.

Die privaten Wohnbauinvestitionen werden auf Basis der aktuellen Prognose einer Bevölkerungszunahme (laut Statistik Austria bis 2022 knapp +3½%) bzw. des daraus abgeleiteten Anstieges der Zahl privater Haushalte (laut Statistik Austria +4½%) sowie des weiterhin hohen Immobilienpreisniveaus in den kommenden Jahren voraussichtlich deutlich stärker ausgeweitet als in den letzten Jahren (2010/2016 +0,3% p. a., 2001/2016 ohne 2009 –0,1% p. a.). Auf Basis der mittelfristigen Investitionspläne von BIG, ASFINAG und ÖBB dürften die Tiefbauinvestitionen eher verhalten zunehmen. Die Steigerung der gesamten Bautätigkeit dürfte daher 2018/2022 mit jährlich +1,3% zwar schwächer als derzeit, aber stärker als im Durchschnitt der letzten Jahre ausfallen (2013/2017 +0,7% p. a.).

Durch die Belebung des Welthandels nehmen die österreichischen Exporte durchschnittlich um 3,7% pro Jahr zu. In der Folge expandiert die heimische Wirtschaft um 2% p. a. Die Wachstumsrate des realen Trendoutputs wird in der Prognoseperiode durchschnittlich 1,7% betragen. Ausgehend von einer gesamtwirtschaftlichen Produktion, die im Jahr 2015 um 1¼% unter dem Trendoutput lag und sich bis 2017 dieser Marke nähert, wird die Outputlücke gemäß einer alternativen WIFO-Schätzung bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf durchschnittlich +1,4% p. a. anwachsen.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5
Nominell	+ 2,3	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,6
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	4,7	5,7	5,4	5,6	5,4	5,4	5,4	5,5	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	6,8	8,5	8,2	8,5	8,1	8,0	8,1	8,3	8,4
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,4	3,4	4,3	3,6	4,0	4,2	4,3	4,4	4,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,2	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 3,0	- 1,1	- 0,1 ⁷⁾	- 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	-
WIFO-Methode	- 2,9	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 2,8	- 0,8	- 0,1 ⁷⁾	- 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	-
WIFO-Methode	- 2,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Staatsschuld	78,8	82,7	70,4	80,9	77,2	73,6	70,2	66,9	63,9
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,9	7,3	7,3	7,6	7,3	7,2	7,3	7,3	7,3
	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Jährliche Veränderung in %								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,1 ⁸⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	-
WIFO-Methode	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5
	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission	- 0,3	- 0,8	+ 0,3 ⁷⁾	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0	-
WIFO-Methode	- 0,5	- 0,9	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechten Dienstverhältnissen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ø 2018/2021. – ⁸⁾ Ø 2017/2021.

Das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte wächst im Prognosezeitraum mit voraussichtlich +1½% p. a. um 1 Prozentpunkt stärker als im Durchschnitt 2013/2017. Getragen wird diese Entwicklung hauptsächlich von der Steigerung der Bruttolohneinkommen (2018/2022 +3,9% p. a., pro Kopf real +0,6% p. a.). Maßnahmen zur Eindämmung der Wirkung der kalten Progression werden aktuell zwar diskutiert, wurden aber, da ihre konkrete Ausgestaltung noch nicht absehbar ist, in der Prognose nicht berücksichtigt. Der angenommene Anstieg der langfristigen Zinssätze hat gegen Ende des Prognosezeitraumes auch einen höheren Zuwachs der Vermögenseinkommen zur Folge (2018/2022 +2,2% p. a., 2013/2017 -5,6% p. a.).

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Jährliche Veränderung in %								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
Staat	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8
Bauten	- 1,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Inländische Verwendung	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4
Exporte	+ 1,2	+ 2,8	+ 3,7	+ 5,5	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2
Importe	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,4	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Abbildung 2: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %



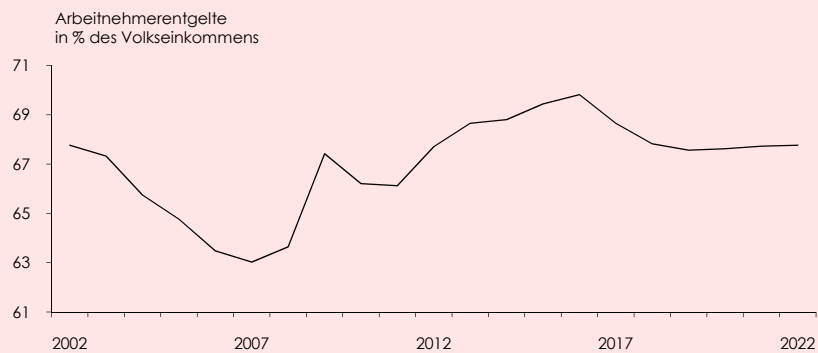
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Als Folge der Steigerung der Lohneinkommen durch die Steuerreform 2015/16 erhöhte sich die Sparquote 2016 um 1 Prozentpunkt auf 7,9%, da kurzfristig im Allgemeinen nur etwa die Hälfte des zusätzlich verfügbaren Einkommens sofort in den Konsum fließt. 2018/2022 dürfte die Sparquote nicht zuletzt aufgrund der Verbesserung der Vermögenseinkommen bei 7¼% stabil bleiben. Mit der Belebung der Einkommensentwicklung, vor allem der Lohneinkommen, nimmt auch die Konsumnachfrage stärker zu. Der private Konsum dürfte 2018/2022 real um 1½% pro Jahr ausgeweitet werden (2013/2017 +0,7%).

Nach der Schwächephase 2012/2015 (BIP real +0,7% p. a.) gewann das Wirtschaftswachstum ab Mitte 2016 wieder an Schwung. Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein Wachstum von jeweils 2¼% prognostiziert. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre wird die BIP-Steigerung 2% pro Jahr betragen (2013/2017 +1,2% p. a.); nominell wird die Wirtschaftsleistung um jährlich 4% zunehmen (2013/2017 +3% p. a.).

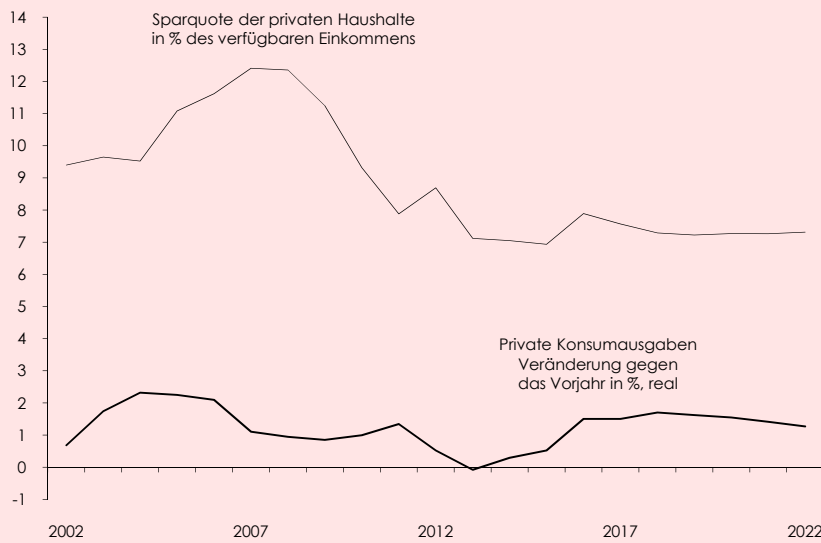
Abbildung 3: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

3. Trendoutput und die Outputlücke

Der präventive Arm des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat das Ziel, die Mitgliedsländer bei der Einhaltung ihrer Haushaltsziele und der Verfolgung einer antizyklischen Fiskalpolitik zu unterstützen. Das mittelfristige Haushaltsziel (MTO) strebt einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen strukturellen Finanzierungssaldo an. Der Trendoutput dient dabei zur Feststellung der Lage einer Volkswirtschaft im Konjunkturzyklus und der Outputlücke, welche in die Berechnung des konjunkturbereinigten Budgetsaldos eingeht.

Als nicht direkt beobachtbare Größe muss der Trendoutput daher geschätzt werden, wofür unterschiedliche empirische Ansätze in Frage kommen (Bilek-Steindl et al., 2013, Havik et al., 2014). Die Revisionsanfälligkeit und die übermäßige Prozyklizität der Trendoutput-Schätzungen erschweren die Anwendung des Trendoutputs für die Budgetsteuerung und Planung erheblich (Maidorn, 2016, Hristov – Raciborski – Vandermeulen, 2017). Ein zu reagibler Trendoutput verringert die Amplitude der geschätzten Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Auslastung und somit auch den Unterschied zwischen dem beobachteten und dem konjunkturbereinigten Saldo.

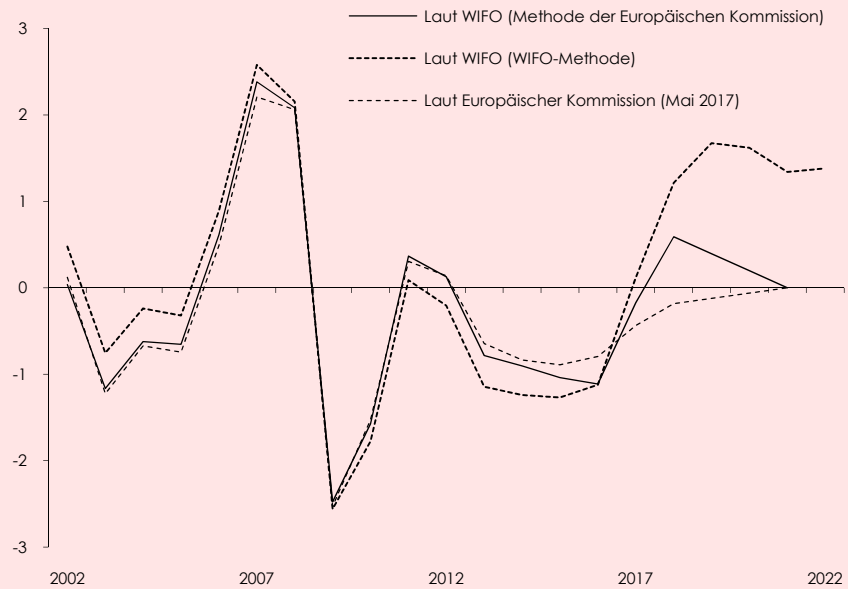
Gemäß der Methode der Europäischen Kommission beschreibt der Trendoutput jenes Produktionsniveau, welches mit konstanter Lohninflation einhergeht. Die relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput bestimmt die Konjunkturlage einer Volkswirtschaft. Dieses Maß der gesamtwirtschaftlichen Auslastung, die Outputlücke, dient im Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Bereinigung des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte um Konjunkturflektoren. Eine positive Outputlücke deutet auf eine gesamtwirtschaftliche Überauslastung hin, die mit steigendem Inflationsdruck einhergeht. Bei einer Unterauslastung würde in diesem Konzept der Lohndruck nachlassen. Der Trendoutput unterscheidet sich vom Vollbeschäftigungsausgang – dem Outputniveau, das bei Vollausslastung aller Produktionsfaktoren und höchstmöglicher Effizienz ihrer Nutzung erzielt werden kann. Nach dem Trendoutput-Konzept ist die Outputlücke im Durchschnitt über den Konjunkturzyklus nahe Null. Nach dem Vollbeschäftigungsausgang-Konzept wäre sie per definitionem stets kleiner als Null.

Das WIFO wendet den Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission an. Dieser Ansatz beschreibt die Transformation des Arbeits- und Kapitaleinsatzes in den gesamtwirtschaftlichen Output. Die gesamte Faktorproduktivität (TFP) wird als jene

Restgröße berechnet, welche durch den gesamtwirtschaftlichen Arbeits- und Kapitaleinsatz nicht erklärt werden kann (Solow-Residuum). Um den Trend der TFP zu bestimmen, wird das Solow-Residuum mit Hilfe eines Kalman-Filters in einen Trend und eine zyklische Komponente zerlegt. Die zyklische Komponente wird durch Auslastungsschwankungen identifiziert.

Abbildung 5: Outputlücke

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Um den Arbeitseinsatz in Trend und Zykluskomponente zu zerlegen, werden die Erwerbsquote und die durchschnittlichen Arbeitsstunden der Beschäftigten pro Kopf über die Zeit mit einem Hodrick-Prescott-Filter geglättet und der Trend der Arbeitslosenquote (non-accelerating wage rate of unemployment – NAWRU) mit einem Kalman-Filter geschätzt. Die NAWRU beschreibt das Niveau der Arbeitslosenquote, bei welchem kein Inflationsdruck durch die Löhne entsteht.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
<i>WIFO-Schätzung</i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5
Trendoutput (Methode der Europäischen Kommission)	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,1 ¹⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7 ¹⁾	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6 ¹⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8 ¹⁾	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	–
<i>Trendoutput (WIFO-Methode)</i>										
Trendoutput (WIFO-Methode)	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
<i>Schätzung der Europäischen Kommission</i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7 ¹⁾	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	–
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6 ¹⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	–
Arbeit	Prozentpunkte	– 0,0	+ 0,2	+ 0,4 ¹⁾	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5 ¹⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7 ¹⁾	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	–

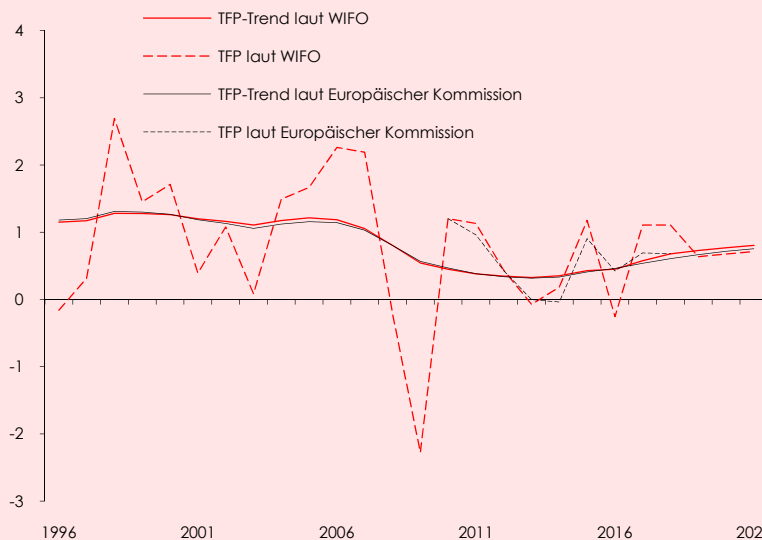
Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ø 2018/2021.

Im Gegensatz dazu wird der Kapitaleinsatz – gemessen durch den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock – nicht zerlegt, da von seiner ständigen Vollausslastung ausgegangen wird.

Die Schätzungen für den TFP-Trend und die NAWRU beruhen auf historischen Daten und der WIFO-Prognose bis 2018. Für 2019/2021 kombiniert die Methode der Europäischen Kommission eine Prognose für den TFP-Trend mit einer Annahme über den Verlauf der NAWRU so, dass sich die Outputlücke gegen Ende des fünfjährigen Prognosezeitraumes schließt, unabhängig von der gegenwärtigen Konjunkturlage und der Höhe der Outputlücke.

Abbildung 6: Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP)

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

Das Trendwachstum beträgt laut WIFO-Schätzung gemäß dieser Berechnungsmethode mit der Parametrisierung der Europäischen Kommission vom Mai 2017 in Österreich in den Jahren 2018 bis 2021 2,1% p. a. und liegt damit deutlich über jenem der vorangegangenen Fünfjahresperiode (2013/2017 +1,3% p. a.). Es nähert sich somit dem durchschnittlichen Wert vor dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2007. Laut dieser Schätzung befindet sich die österreichische Wirtschaft ab 2018 in einer Phase der konjunkturbedingten Überauslastung. Die Outputlücke wird sich von 0,6% des BIP im Jahr 2018 gemäß der Annahme der Methode der Europäischen Kommission bis 2021 schließen.

In Anbetracht einer vermutlich überzogenen Prozyklizität der Trendschätzung auf der Basis der Parametrisierung der Europäischen Kommission und der damit verbundenen Unterschätzung der Konjunkturschwankungen legt das WIFO eine alternative Berechnung vor. Sie verwendet ebenfalls den Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, weicht aber in zwei wichtigen Aspekten von der Vorgangsweise der Kommission ab: Erstens werden die Erwerbsquote und die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Kopf über die Zeit stärker geglättet²⁾. Das alternative Trendwachstum wird dadurch glatter und weist eine geringere Prozyklizität auf. Als unmittelbare Folge wird dadurch die Outputlücke (absolut) größer. Das Trendwachs-

²⁾ Das WIFO verwendet bei der alternativen Berechnung des Trendoutputs für die Glättung der Erwerbsquote und der durchschnittlichen geleisteten Arbeitszeit mit dem Hodrick-Prescott-Filter den für Jahresdaten üblichen Glättungsparameter von 100. Die Europäische Kommission setzt diesen Parameter mit einem Wert von 10 fest, wodurch in ihrer Schätzung diese bereinigten Reihen stärker schwanken und in der Folge deren Trendoutput eine höhere Zyklizität aufweist.

tum gemäß der alternativen Schätzung beträgt in den Jahren 2018 bis 2022 1,7% p. a. Zweitens wird die Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzwungen.

Als Ergebnis dieser abweichenden Annahmen ist in der Alternativrechnung die Outputlücke deutlich höher positiv und schließt sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht (2022 +1,4% des BIP). Nach Einschätzung des WIFO spiegelt dies die aktuelle und die bis zum Ende der Prognoseperiode angenommene Wirtschaftsentwicklung besser wider als die auf den Annahmen der Europäischen Kommission beruhende Berechnung.

Wie die Zerlegung des Trendwachstums zeigt, sind die Beiträge der gesamten TFP, des Arbeitsvolumens und der Kapitalakkumulation zum Trendwachstum ähnlich groß. Der etwas geringere Beitrag der Kapitalakkumulation ist auf eine verhaltene Investitionsdynamik zurückzuführen.

4. Leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Das erwartete durchschnittliche reale BIP-Wachstum von 2% p. a. wird in der Periode 2018/2022 eine Ausweitung der Zahl der unselbständigen Aktivbeschäftigungsverhältnisse um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ermöglichen. Durch die Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (Beschäftigungsbonus von 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2021, Aktion 20.000 mit einzelnen Pilotprojekten ab Herbst 2017 und in ganz Österreich ab 2018) erhält die Beschäftigungsnachfrage vor allem im Jahr 2018 einen zusätzlichen Impuls. Insbesondere wird die Aktion 20.000 auf dem zweiten Arbeitsmarkt die zusätzliche Beschäftigung von älteren Langzeitarbeitslosen ermöglichen³⁾.

Das Angebot an Arbeitskräften nimmt bis 2019 schwächer zu als die Arbeitskräftenachfrage, sodass die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Ab 2020 kehrt sich diese Entwicklung wegen der Verlangsamung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums um, und das Angebot an Arbeitskräften expandiert stärker als die Arbeitskräftenachfrage. Dadurch werden die Zahl der Arbeitslosen und auch die Arbeitslosenquote wieder zunehmen.

Der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (+1,2% bzw. +50.000 p. a.) resultiert auch in den kommenden Jahren aus der anhaltenden Ausweitung der Frauenerwerbsbeteiligung, der Einschränkung des Zuganges zur Früh- bzw. Invaliditätspension seit 1. Jänner 2014 und vor allem aus der Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Letzteres wirkt dem dämpfenden Effekt der Alterung der inländischen Erwerbsbevölkerung entgegen (Rückgang der inländischen Bevölkerung unter 50 Jahren laut der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2016). Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wächst mittelfristig um 0,3% p. a.

Der Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension betrug im Jahr 2013 noch gut 38.000 Personen (2015: 22.700); im Zeitraum 2018/2022 dürfte er von 29.500 auf knapp 31.000 steigen⁴⁾.

Laut der vorläufigen Asylstatistik des Bundesministeriums für Inneres wurden im Zeitraum Jänner bis September 2017 in Österreich 19.073 Asylanträge gestellt (September: vorläufige Werte; Jänner bis September 2016: 34.757); 16.218 Verfahren wurden zugelassen, darunter waren 2.676 Verfahren, in denen der Asylantrag bereits im Jahr 2016 gestellt worden war. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres hat sich die Zahl der zu einem Asylverfahren zugelassenen Verfahren fast halbiert. Von

³⁾ Die Aktion 20.000 läuft bis Mitte 2019 und wird Ende 2018 evaluiert. Auf Basis dieser Evaluierung ist eine Weiterführung möglich, wird in der Prognose jedoch nicht unterstellt.

⁴⁾ Die relevante Altersgruppe der Frauen zwischen 50 und 59 Jahren und der Männer zwischen 55 und 64 Jahren dürfte gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2016 im Jahr 2018 um knapp 15% und im Jahr 2022 um gut 21% größer sein als 2013 (dem Jahr vor der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur vorzeitigen Alterspension). Der Anteil der Personen mit vorzeitiger Alterspension an der oben definierten Altersgruppe sank von 3,5% im Jahr 2013 auf 1,9% im Jahr 2015. Für die Periode 2018/2022 wird dieser Anteil mit 2,3% konstant fortgeschrieben.

Jänner bis Ende September 2017 wurden 49.419 Entscheidungen getroffen; in knapp 45% der Fälle wurde Asyl oder subsidiärer Schutz zuerkannt.

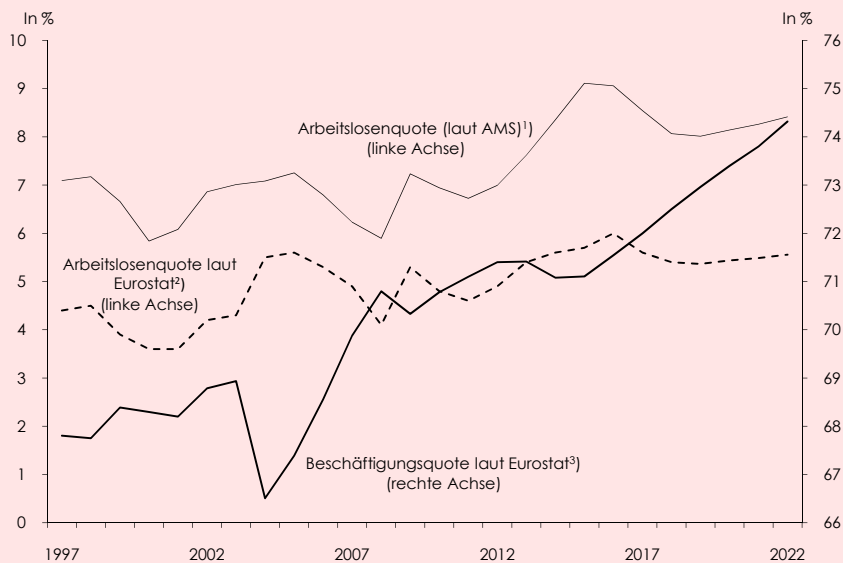
Das WIFO nimmt in seiner Prognose an, dass die vom BMI genannten Obergrenzen für zugelassene Verfahren (2017: 35.000, 2018: 30.000, 2019: 25.000) nicht ausgeschöpft werden. Für die Zahl der im Prognosezeitraum jährlich neu gestellten Asylanträge wird angesichts der aktuellen Entwicklung der Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2014 (rund 20.500 Personen) unterstellt.

Nach Anerkennung des Flüchtlingsstatus werden laut Prognoseannahmen rund zwei Drittel dieser Personengruppe potentiell auch dem Arbeitskräfteangebot zuzurechnen sein, obschon Sprachbarrieren dämpfend wirken können. Aus diesem Grund und wegen des im September 2017 eingeführten Integrationsjahres werden anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte erst ab 2019 verstärkt in der Beschäftigungs- und Arbeitslosenstatistik aufscheinen.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten stieg in den ersten neun Monaten 2017 deutlich kräftiger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+45.322 auf 695.291, Jänner bis September 2016 +34.584, 2016 insgesamt +36.009). Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung lag damit bei 19,1%; knapp 70% des gesamten Beschäftigungszuwachses entfielen auf ausländische Beschäftigte. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte steigt seit dem Ende der Übergangsfristen 2011 (EU-Beitritt 2004) bzw. 2014 (EU-Beitritt 2007) für die Freizügigkeit von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern kräftig. Der Beschäftigungszuwachs stammte in erster Linie aus den Ländern, die der EU 2004 beigetreten waren, wobei sich die Bedeutung der Herkunftsregionen seit 2014 zu den zwei Beitrittsländern 2007 verlagerte.

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird bis 2019 konjunkturbedingt auf 8,0% zurückgehen. Durch die Abflachung der Konjunktur und ein etwas stärkeres Wachstum des Arbeitskräfteangebotes wird die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder auf 8,4% steigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte 2022 357.000 betragen.

Abbildung 7: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen, laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Ende September 2017 waren in Österreich 12.678 Personen aus den drei Hauptherkunftsländern der verstärkten Asilmigration ab 2015 (Syrien, Afghanistan und Irak) beschäftigt, um 8.137 mehr als Ende Dezember 2014. Von 1. Jänner 2015 bis 30. September 2017 wurde laut Asylstatistik des BMI 51.697 Personen aus diesen drei Ländern Asyl bzw. subsidiärer Schutz (im Erstverfahren) zuerkannt.

Mittelfristig dürfte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Prognosezeitraum mit +32.000 pro Jahr etwas schwächer steigen als 2017 und 2018 (Prognose +47.000 p. a.), wobei die Konjunkturbelebung in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern die Arbeitsmigration aus diesen Ländern etwas dämpfen sollte. Der Anteil der aus-

ländischen Beschäftigung am Zuwachs der Gesamtbeschäftigung wird durch die Aktion 20.000 und den Beschäftigungsbonus etwas gedämpft und dürfte auf etwa zwei Drittel zurückgehen. Der Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung dürfte 2022 etwa 23% betragen.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	4,7	5,7	5,4	5,6	5,4	5,4	5,4	5,5	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	6,8	8,5	8,2	8,5	8,1	8,0	8,1	8,3	8,4
Jährliche Veränderung in %									
	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Selbständige ⁵⁾	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3
Arbeitslose	+ 3,2	+ 5,5	+ 0,9	- 4,5	- 4,4	+ 0,6	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,0
Produktivität ⁶⁾	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Die Zahl der Arbeitslosen sollte bis zum Jahr 2019 konjunkturbedingt sinken und danach bis 2022 auf 357.000 im Jahresdurchschnitt steigen, sodass sich 2019 eine Arbeitslosenquote von 8,0% der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) bzw. 5,4% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) ergibt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes dürfte die Arbeitslosenquote durch die weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und den Zuwachs des (ausländischen) Arbeitskräfteangebotes auf 8,4% steigen.

5. Stabile Preisentwicklung

Der Preisauftrieb wurde in den letzten Jahren maßgeblich durch den Rückgang der internationalen Rohölnotierungen gedämpft. Die Prognose unterstellt auf Basis der Notierungen für Futures-Kontrakte von Anfang September 2017, dass der Rohölpreis von 53 \$ je Barrel 2017 nur mäßig auf 57 \$ im Jahr 2022 anzieht. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird über den Prognosehorizont mit 1,15 \$ konstant fortgeschrieben. Als Folge des Rohölpreisanstieges wird der Beitrag der Mineralölproduktpreise die Inflation wieder erhöhen.

Übersicht 6: Preise

	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Jährliche Veränderung in %									
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0
Exporte	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9
Importe	+ 2,3	- 0,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Neben den Importpreisen sind die Entwicklung der Lohnkosten und die Änderung von Steuern und Gebühren weitere kostenseitige Determinanten der Preisentwicklung. Im April 2017 wurde die Tabaksteuer neuerlich angehoben, und die Richtwertmieten wurden angepasst (Verschiebung von 2016 auf 2017; ab September 2017 auch im VPI ersichtlich). Dies dürfte die Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex um bis zu 0,1 Prozentpunkt steigern und auch 2018 noch etwas nachwirken. Im Zeitraum 2018/2022 werden die Pro-Kopf-Nominallöhne voraussichtlich um 2½% p. a. steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendruckes, wachsen um 1,9% p. a. Die Bruttoreallöhne pro Kopf werden im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft im Prognosezeitraum um 0,6% p. a. zunehmen. Damit bleibt die Entwicklung der Reallöhne leicht hinter jener der Arbeitsproduktivität (+0,7% p. a.) zurück und sollte dadurch keinen übermäßigen inflationstreibenden Effekt entfalten.

Für die Periode 2018/2022 wird mit einem Preisanstieg gemäß VPI von durchschnittlich 1,9% und laut BIP-Deflator von 2,0% gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland (Durchschnitt 2011/2016: 0,7 Prozentpunkte p. a., Durchschnitt Jänner bis September 2017: 0,5 Prozentpunkte) und dem Durchschnitt des Euro-Raumes (2011/2016: 0,7 Prozentpunkte p. a., Jänner bis September 2017: 0,6 Prozentpunkte) nahm in den ersten drei Quartalen 2017 etwas ab und sollte sich über den Prognosehorizont weiter verringern.

6. Ausgeglichener Staatshaushalt bei Wahrung von Ausgabendisziplin möglich

Unter der Voraussetzung, dass künftige Budgets nicht durch zusätzliche, kurzfristig beschlossene Ausgabenprogramme belastet werden, scheint im Prognosezeitraum erstmals die Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes des Gesamtstaates möglich. Als Folge der Steuerreform 2015/16 und der nicht vollständig umgesetzten Gegenfinanzierungsmaßnahmen sowie der Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration verschlechterte sich der Finanzierungssaldo laut Maastricht-Definition im Jahr 2016 auf -1,6% des BIP. Über den Prognosezeitraum ist allerdings eine erhebliche Saldoverbesserung zu erwarten. Wird für 2017 und 2018 noch ein Budgetdefizit von 0,6% bzw. 0,3% des BIP prognostiziert, so könnte bereits im Jahr 2019 ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden. Die positive Entwicklung setzt sich annahmegemäß in den Jahren bis 2022 mit etwas verringerter Dynamik fort, sodass zum Ende des Prognosezeitraumes ein positiver Haushaltssaldo von 0,4% des BIP erreicht werden könnte.

Voraussetzung dafür ist jedoch zum einen, dass im Prognosezeitraum auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen keine weiteren defiziterhöhenden Schritte gesetzt werden; insbesondere sollte auf kurzfristigen wirtschaftspolitischen Aktionismus verzichtet werden. Zum anderen ist ein strikter Budgetvollzug speziell in Ausgabenkategorien mit hohem Ermessensspielraum (Vorleistungen, Förderungen) erforderlich, um nicht von dem sich abzeichnenden Budgetpfad abzuweichen.

Die Prognose berücksichtigt die von der Bundesregierung bereits beschlossenen Maßnahmen ohne direkte Gegenfinanzierung (Aktion 20.000, Beschäftigungsbonus, Anhebung der Forschungsprämie, Verzicht auf den Pflegeregress, Investitionsförderungen, Sonderdotierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung, kommunales Investitionsprogramm, Senkung des Dienstgeberbeitrages zum Familienlastenausgleichsfonds, Halbierung der Flugabgabe). Der erwartete Rückgang des Maastricht-Defizits ist in erster Linie auf eine konjunkturbedingt äußerst günstige Einnahmenentwicklung zurückzuführen: Im Zeitraum 2018/2022 wachsen die erwarteten Staatseinnahmen nominell um 3,6% p. a.; im Vergleichszeitraum 2013/2017 erhöhten sie sich wegen der Einnahmendämpfung durch die Lohn- und Einkommensteuerreform 2015/16 um nur 2,9%. Aufgrund der Steigerung der Löhne und Gehälter und der kalten Progression werden zwischen 2018 und 2022 insbesondere die Einnahmen aus der Lohnsteuer sehr dynamisch zunehmen (+6¼% p. a.). Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen profitieren ebenfalls von der prognostizierten günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Die Körperschaftsteuereinnahmen wuchsen 2017 nochmals kräftig und werden auch in den Folgejahren aufgrund

der guten Konjunktur zur Budgetkonsolidierung beitragen. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sollten im Gleichklang mit dem nominellen Konsum der privaten Haushalte steigen. Da das nominelle BIP um 4,0% p. a. zunimmt, folgt daraus ein leichter Rückgang der Staatseinnahmenquote von 48,7% (2017) auf 47,5% des BIP im Jahr 2022.

Abbildung 8: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)

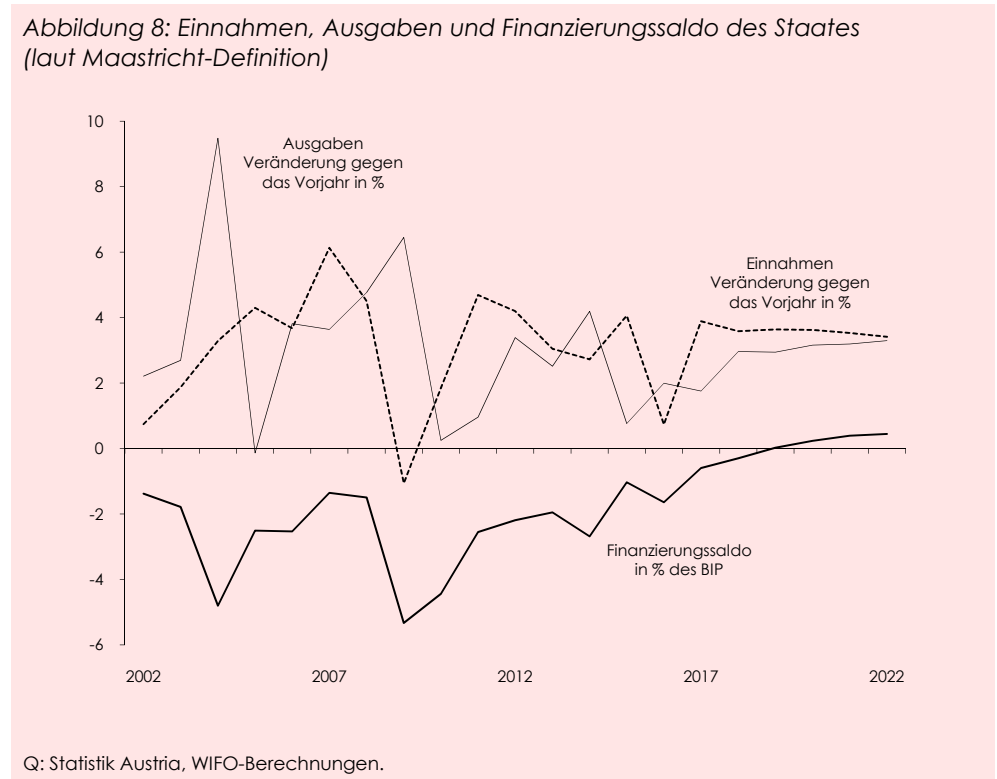
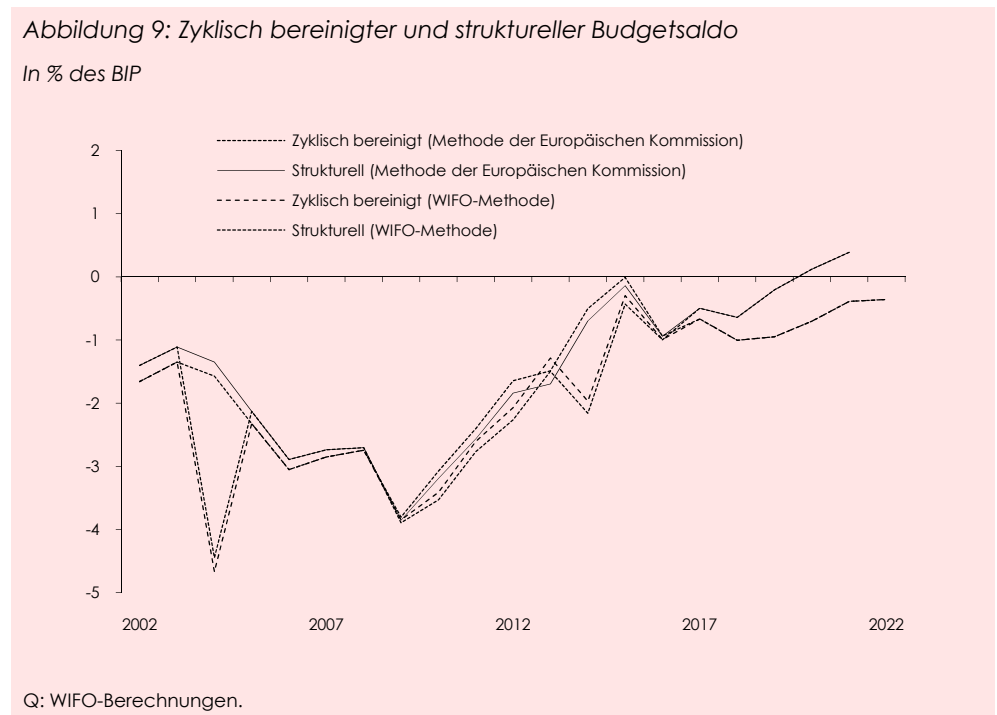


Abbildung 9: Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Die Gesamtausgaben sollten im Prognosezeitraum etwas schwächer steigen als das BIP, die Staatsausgabenquote wird daher kontinuierlich sinken. Die Ausgabenquote beträgt 2017 noch 49,3% des BIP und wird bis 2022 voraussichtlich in kleinen Schritten auf 47,1% der Wirtschaftsleistung zurückgehen. Insgesamt verstärkt sich das nominal-

le Ausgabenwachstum im Zeitraum 2018/2022 auf voraussichtlich 3,1% p. a. (2013/2017 +2,2% p. a.).

Überdurchschnittlich nehmen vor allem die monetären Sozialausgaben zu (2018/2022 +3,9% p. a.), insbesondere die Ausgaben für Pensionen und Pflege. Der erwartete Anstieg der sozialen Sachleistungen liegt mit 3,5% p. a. etwas darunter, da eine erfolgreiche Fortsetzung der Bemühungen zur Begrenzung der Ausgabendynamik im Gesundheitswesen angenommen wird. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweitet, zum Teil in der direkten Flüchtlingsbetreuung sowie in den Bereichen Justiz und Sicherheit. Aufgrund der Aktion 20.000 und der Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 wird für 2018 ein weiterer Anstieg der Beschäftigung im Staatssektor prognostiziert. Daraus ergibt sich 2018 eine Zusatzbelastung der öffentlichen Haushalte von knapp 200 Mio. €. Bei angenommenen mäßigen Lohnabschlüssen werden die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Bereich mit +3,2% p. a. im Prognosezeitraum schneller wachsen als 2013/2017 (2,5% p. a.). Insgesamt wird das Wachstum des öffentlichen Konsums im Zeitraum 2018/2022 auf jährlich 3,2% geschätzt; das reale Wachstum dürfte sich auf 1,1% p. a. leicht verlangsamen (2013/2017 +1,3% p. a.).

Übersicht 7: Staatshaushalt

	Ø 2007/ 2012	Ø 2012/ 2017	Ø 2017/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Jährliche Veränderung in %								
Laufende Einnahmen	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4
Laufende Ausgaben	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 2,3	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,6
	Ø 2008/ 2012	Ø 2013/ 2017	Ø 2018/ 2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,2	- 1,6	+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 3,0	- 1,1	- 0,1 ¹⁾	- 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	-
WIFO-Methode	- 2,9	- 1,0	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 2,8	- 0,8	- 0,1 ¹⁾	- 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	-
WIFO-Methode	- 2,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 0,9	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Staatsschuld	78,8	82,7	70,4	80,9	77,2	73,6	70,2	66,9	63,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ø 2018/2021.

Die Ausgaben für Subventionen werden aufgrund der Einführung des Beschäftigungsbonus und der Erhöhung der Forschungsprämie in den ersten Jahren des Prognosezeitraumes dynamisch wachsen. Die Mehrausgaben für den Beschäftigungsbonus sollten 2017 mit rund 100 Mio. € noch wenig ins Gewicht fallen. Von 2018 bis 2020 werden sie auf 600 bis 700 Mio. € geschätzt, mit dem Auslaufen der Maßnahmen werden sie 2021 unter 100 Mio. € und 2022 auf Null zurückgehen. Für die Jahre nach 2018 unterstellt die Prognose eine konsequente Umsetzung der zahlreichen politischen Ankündigungen zur Begrenzung der Förderausgaben. Zur Entlastung des Staatshaushaltes trägt außerdem die Entwicklung der Zinsausgaben bei: Der erwartete Anstieg der Sekundärmarktrendite wirkt sich im Prognosezeitraum nur wenig auf die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte aus, da höherverzinsten abreifenden Staatsanleihen nach wie vor mit neuen Anleihen zu niedrigeren Zinssätzen refinanziert werden können. Erst 2021 wird voraussichtlich der Wendepunkt erreicht, und die Zinsausgaben werden allmählich wieder steigen (aber noch deutlich schwächer als das nominelle BIP, sodass die Zinsendienstquote weiterhin abnimmt).

Der geschätzte strukturelle Budgetsaldo (auf Basis der Outputlücke gemäß Schätzmethode und Parametrisierung der Europäischen Kommission vom Mai 2017) verbesserte sich von -0,9% 2016 auf -0,5% des BIP 2017. Im Jahr 2018 ist – u. a. aufgrund der zusätzlichen Ausgaben für die Aktion 20.000 und den Beschäftigungsbonus so-

wie für die außerordentliche Pensionserhöhung – eine kurzfristige Verschlechterung des strukturellen Saldos auf $-0,5\%$ des BIP zu erwarten. 2019 wird sich das strukturelle Defizit wieder deutlich verringern, und 2020 sollte erstmals ein leichter struktureller Überschuss von $0,1\%$ des BIP zu verzeichnen sein. Die Senkung des strukturellen Defizits dürfte somit rascher erfolgen als im Stabilitätsprogramm vom April 2017 angenommen. Als Einmaleffekte zu berücksichtigende defizitwirksame Bankenhilfen sollten aus heutiger Sicht im Prognosezeitraum nicht anfallen⁵⁾. Die speziell im Jahr 2017 erzielten hohen Einnahmen aus Sonderzahlungen aus der Stabilitätsabgabe der Banken werden nicht als Einmalzahlungen gesehen und verbessern mithin den strukturellen Budgetsaldo.

Die Staatsschuldenquote wird 2017 etwa 81% des BIP betragen. Im Zusammenspiel von günstiger Budget- und Wirtschaftsentwicklung sowie den erwarteten Verkaufserlösen vor allem der HETA Asset Resolution AG ("Stock-Flow Adjustment") könnte sich die Staatsschuldenquote gegen Ende des Prognosezeitraumes dem Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP nähern. Insgesamt wird für die Jahre 2018 bis 2022 ein Stock-Flow Adjustment der Staatsschulden durch Erlöse von Asset-Liquidierungen der staatlichen Bad Banks von -74 Mrd. € angenommen. Für das Jahr 2022 erwartet die Prognose daher eine Schuldenquote von knapp 64% des BIP.

7. Risiken der mittelfristigen Konjunkturprognose

Die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und Nordkorea bzw. dem Iran nahmen in den letzten Monaten deutlich zu. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der kurdischen Bevölkerung im Nordirak und die möglichen Reaktionen der Türkei könnten die ohnehin instabile Lage im mittleren Osten weiter verschärfen. Diese Risiken könnten eine (deutliche) Verteuerung von Rohstoffen, im Besonderen Rohöl, bis hin zu einer Auseinandersetzung mit Nuklearwaffen zur Folge haben.

Der Verlauf der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Kommission um den Austritt Großbritanniens aus der EU lässt ein Szenario eines "harten Brexit" wahrscheinlicher werden, mit potentiell negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für beide Seiten.

Aufgrund der derzeit günstigen internationalen Konjunkturlage überwiegen über den Prognosehorizont die Abwärtsrisiken. Die USA verzeichnen bereits seit acht Jahren einen kräftigen Aufschwung mit zunehmenden Anzeichen einer Knappheit vor allem an qualifizierten Arbeitskräften.

Die bisher nur teilweise korrigierten Ungleichgewichte im chinesischen Finanzbereich sowie das hohe Niveau der Aktienkurse in den USA bergen die Gefahr einer raschen und überschießenden Korrektur und Destabilisierung nicht nur der unmittelbar betroffenen Märkte, sondern weltweit.

Die genannten Risiken hätten deutlich negative Auswirkungen für die Weltwirtschaft und damit auch für das Wachstum in Österreich.

Die Aufwärtsrisiken der Prognose sind deutlich geringer. So besteht durchaus die Möglichkeit eines stärkeren Aufschwunges im Euro-Raum durch einen weiterhin expansiven Policy-Mix aus Geld- und Fiskalpolitik. Die weitere Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage könnte dann neben einer Wachstumsbeschleunigung und Dämpfung der Arbeitslosigkeit auch einen Anstieg der Preise auf den Güter- und Arbeitsmärkten zur Folge haben. Die österreichische Wirtschaft könnte davon zum einen über eine höhere Exportdynamik profitieren, zum anderen aber auch höhere Inflation importieren.

Für die mittelfristige Budgetprognose ergeben sich Unsicherheiten vor allem aus der Umsetzung und Fortsetzung beschlossener Strukturreformen im Gesundheits- und im

⁵⁾ Gemäß der alternativen WIFO-Schätzung der Outputlücke würde der strukturelle Budgetsaldo aufgrund einer ab 2017 positiven und bis 2020 weiter steigenden und danach zwar rückläufigen, aber weiterhin positiven Outputlücke im Jahr 2022 $-0,4\%$ betragen.

Pensionssystem. Risiken liegen überdies in den Unwägbarkeiten hinsichtlich der Kosten von Flüchtlingsmigration und -integration. Der mögliche Zustrom von Asylsuchenden ist nach wie vor schwierig abzuschätzen, und die Folgekosten für die öffentlichen Haushalte hängen insbesondere auch von der Erreichung einer europäischen Problemlösung ab. Unberücksichtigt bleiben in der Prognose auch die avisierten Maßnahmen zur Senkung der kalten Progression in der Lohnsteuer. Zudem würden neuerliche Bankenhilfen den Staatshaushalt belasten. Die erfolgreiche Verringerung der öffentlichen Defizite ist wesentlich auf eine günstige Einnahmenentwicklung zurückzuführen. Diese sollte nicht dazu verleiten, durch ad hoc beschlossene Budgetbelastungen den möglichen Konsolidierungserfolg zu gefährden.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Bilek-Steindl, S., Glocker, Ch., Kaniowski, S., Url, Th., "Outputlücke und strukturelles Defizit für Österreich. Kritische Analyse der Methode der Europäischen Kommission", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(9), S. 737-751, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46945>.
- BIS, 87th Annual Report, Basel, 2017.
- Bundesministerium für Finanzen, Strategiebericht 2017-2020, Wien, 2016.
- Europäische Kommission, "European Economic Forecast. Spring 2017", European Economy, 2017.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, Ch., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2014, (535).
- Hristov, A., Raciborski, R., Vandermeulen, V., "Assessment of the Plausibility of the Output Gap Estimates", European Commission Economic Brief, 2017, (023).
- IWF, World Economic Outlook, Oktober 2017.
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", Empirica, 2016.
- Statistik Austria, Bevölkerungsprognose, Wien, 2016.
- Scheiblecker, M., "Höchstes Wirtschaftswachstum seit sechs Jahren. Prognose für 2017 und 2018", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(10), S. 731-743, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/60705>.